

Kita-Vorrang für Zweijährige

Interview mit Bernd Jürgen Schneider vom Städte- und Gemeindebund NRW

Mit dem Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Bernd Jürgen Schneider, sprach Wilfried GoeBELS.

Wie schätzen Sie die Lage beim Ausbau der U3-Betreuung in NRW ein?

Schneider: Die Kommunen haben beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige mächtig aufgeholt. Jetzt haben wir landesweit 117 000 Plätze. Das ist vom ersten Ausbauziel von 144 000 Plätzen nicht weit entfernt. In manchen Städten reichen 30 Prozent Abdeckungsquote, in anderen ist mit 50 Prozent der Bedarf nicht gedeckt.

Was müssen Bund und Land tun, damit die U3-Betreuung ab August 2013 gesichert ist?

Schneider: Der Bund sollte die Diskussion um Rechtsanspruch und Schadensersatz durch eine Stichtagsregelung entschärfen. Der Rechtsanspruch würde zunächst nur für Zweijährige gelten, bis es überall genügend Betreuungsplätze auch für Einjährige gibt. Außerdem muss der Bund dauerhaft die Betreuung der U3-Kinder mitfinanzieren. Das Land hat durch eine faire Erstattungsregelung seine Hausaufgaben im Wesentlichen gemacht. In den letzten Monaten ist beim Ausbau eine große Dynamik entstanden.

Gibt es genug Erzieherinnen und Erzieher?

Schneider: Es fehlt überall Personal. Die Landesregierung sollte mit



Engpässe in NRW-Kitas: Kommunen setzen auf flexible Lösungen, also etwa größere Gruppen.

FOTO: DPA

einer Werbekampagne Erzieher in den Beruf zurückholen oder junge Menschen für eine Ausbildung gewinnen. Dabei sollte man bei der Qualifikation pragmatisch vorgehen. Wenn jemand gut mit Kleinkindern umgehen kann, sollte man nicht nach dem letzten Spezialdiplom fragen.

Wird der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Sommer 2013 einzulösen sein?

Schneider: Wir werden versuchen, dass für jedes Kind, das eine Betreuung außerhalb der Familie braucht, eine Lösung gefunden wird. Praktisch wird dies immer ein Platz in einer Kita oder Kindertagespflege sein. Kommunen im ländlichen Raum stehen besser

da als die Großstädte. Mit Klagen auf Schadensersatz wäre niemandem geholfen. Dies wäre nur ein teurer Umweg zum Ziel – Betreuung für das Kind.

Wie könnte man drohende Engpässe in der Betreuung vermeiden?

Schneider: Es ist klar, dass nicht überall zum 1. August 2013 so viele Betreuungsplätze vorhanden sind, wie gebraucht werden. Hier benötigen wir die Bereitschaft und die rechtliche Absicherung für flexible Lösungen. So könnte es möglich sein, für begrenzte Zeit mehr Kinder in einer Gruppe zu betreuen. Auch sollte man bei den Anforderungen an Räume befristet Abstriche machen können.

Zur Person



Der 56-jährige Bernd Jürgen Schneider ist ein erfahrener Verbandsvertreter. Seit 20 Jahren steht er in Diensten des NRW-Städte- und Gemeindebundes, seit zehn Jahren ist er Hauptgeschäftsführer. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. ye